

Der Tabak-Arbeiter

Organ der Tabakarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands

Der Tabak-Arbeiter erscheint wöchentlich jeden Sonnabend und ist durch alle Postanstalten zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt 1,50 Mark für das Vierteljahr ohne Bringerlohn.

Inserate müssen bis Montag mittag in unserer Expedition aufgegeben sein. Der Anzeigenpreis beträgt 35 Pfg. für die 6 gespaltene Zeile. Der Betrag ist im voraus zu entrichten.

Nr. 38

Sonntag, den 19. September

1915

„Dunkle Pläne.“

So nennt Herr v. Gerlach in der „Welt am Montag“ die in einem Rundschreiben der Vereinigung der weiterverarbeitenden Industrie aufgedeckten Absichten der deutschen Schutzzöllner. Das Rundschreiben lautet:

Berlin, den 10. August 1915.

Die angekündigten Pläne! Der Kriegsausschuss der deutschen Industrie hielt am 30. v. M. in Berlin eine handelspolitische Sitzung ab, in der über eine Reihe von Vorschlägen Beschlüsse gefasst wurden, über die wenige Tage vorher zwischen Vertretern des Zentralverbandes deutscher Industrieller, des Bundes der christlichen Bauernvereine und des Deutschen Bauernbundes unter Beizitt des Reichsdeutschen Mittelstandsverbandes eine Verständigung stattgefunden hatte.

Diese Urträge betrafen die Neuordnung unserer handelspolitischen Verhältnisse zu Frankreich und Rußland bei Handelsverträgen, sowie unsere handelspolitischen Beziehungen zu Oesterreich-Ungarn. Zu den innerhalb dieses Rahmens gestellten Forderungen gehören unter anderem auch folgende:

- Erhöhung verschiedener landwirtschaftlicher Zölle;
- Einschränkung der Meistbegünstigungsklausel fast bis zur völligen Preisgabe derselben;
- Festlegung einer gegenseitigen deutsch-österreichischen Vorzugsbeziehung durch Ersetzung einer größeren Anzahl der gegenwärtigen beiderseitigen Vertragszölle als Vorzugszölle und Erhöhung dieser Vertragszölle gegenüber allen anderen Staaten.

Diese Urträge wurden vom Kriegsausschuss der deutschen Industrie im allgemeinen gut geheißen; es wurde aber ausdrücklich den einzelnen Fachvereinen anheimgegeben, etwaige Bedenken gegen diese Beschlüsse bei der Reichsregierung geltend zu machen.

Da der wirtschaftliche Ausschuss im Reichsamt des Innern bereits in der zweiten Woche des August zu einer Sitzung zusammengetreten wird, die sich unter anderem auch mit der Frage einer wirtschaftlichen Annäherung Deutschlands an Oesterreich-Ungarn beschäftigen wird, hielten wir es für geboten, in einer Eingabe an das Reichsamt des Innern sofort gegen die oben erwähnten Beschlüsse Stellung zu nehmen, namentlich auf die Schädigungen hinzuweisen, die aus einer Erhöhung der Zölle für die Landwirtschaft (nämlich soweit es sich nicht um Herkünfte aus Oesterreich-Ungarn handelt) und aus einer Erhöhung der Handelsvertragsbindungen (durch Preisgabe der Meistbegünstigung usw.) für die Industrie entstehen würden.

Dunkel sind die Pläne der Warenwertreuer wahrlich nicht. Sie geben offen zu, mit welchen staatlichen Hilfsmitteln sie den Zweck zu erreichen suchen, künftig höhere Preise für alle Waren festzusetzen, um höhere Profite zu erzielen. Es ist das selbe Spiel, das 1902 zur Erringung des Kriegsverhältnisses vorschob und das Volk glauben machen will, die wirtschaftlichen Absichten des feindlichen Bierverbandes, besonders Englands, gebieten solch zollpolitische Maßnahmen.

Bereits in Nr. 29 unseres Blattes haben wir die Anfänge kapitalistischer Wertemacherei, die sich in ihren Verhandlungen über künftige Wirtschaftsbeziehungen zwischen den kriegführenden Staaten kleidet, kargelegt. Die Kapitalisten Deutschlands und Oesterreichs glauben den militärischen Sieg schon in der Tasche zu haben und bereiten sich deshalb, wirtschaftliche Vorteile daraus zu ziehen. Gewiß möchten sie die niedrigeren Mächte wirtschaftlich überbieten, aber so leicht läßt sich der Weltmarkt nicht beeinflussen, wie sie es wünschen. Außerdem ist ja klar, daß Vorteile auf dem Weltmarkt für kapitalistische Mächte noch lange nicht entsprechende Vorteile für die arbeitenden Massen bedeuten.

Die Kapitalisten aller Länder streben nach höheren Profiten und wissen, daß sich diese hauptsächlich nur aus den eigenen Volksgenossen heraus schlagen lassen. Bei dem Konkurrenzkampf der Kapitalisten aller Länder gegen einander treibt die Ueberwertigkeit der eigenen Volksgenossen die unanberstete Blüte. Den besten Beweis für diese Behauptung liefert die obige Enthüllung der letzten Absichten jener deutschen Wirtschaftsverbände, die — nebenbei bemerkt — auch jene bekannte Aufforderung zu großen Annexionen im Osten und Westen an die deutsche Regierung gerichtet haben.

Die Forderung unter a will zwar Erhöhung der Vertragszölle zugunsten Deutschlands und Oesterreichs gegenüber allen anderen Staaten, und außerdem soll unter b die Meistbegünstigungsklausel bis zur völligen Preisgabe eingeschränkt werden, aber das ist nur die Kulisse für die Hauptforderung: Erhöhung landwirtschaftlicher Zölle. Mit diesem Hauptstück hing auch der Zollkampf im Jahre 1902 an. Dann kam es zur Einigung zwischen Agrar- und Industrietzöllnern, wie sie jetzt schon zwischen den genannten Wirtschaftsverbänden besteht, und die Folgen dieser Einigung sind, daß das eigene Volk gehörig gerupft wird.

Diese Pläne sind für niemand mehr dunkel, der sich mit dem Aufbau der politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse beschäftigt hat. Sie sind die Triebfeder aller kapitalistischen Wünsche, das durch die Gesamtpolitik seinen Zweck dienbar macht. Die Zoll- und Handelspolitik macht sich dem Volke regelrecht nur als Preiserhöhung be-

merkbar. Jetzt stützt sich die Wirtschaftspolitik der kapitalistischen Organisationen auf die durch den Krieg geschaffenen Verhältnisse, um das vorgesteckte Ziel höherer Profite zu erreichen. Deshalb schrieben wir damals schon in unserem oben angezogenen Artikel, in dem wir die Unterhandlungen zwischen deutschen und österreichischen Wirtschaftsverbänden kennzeichneten:

„Der Krieg steigert die kapitalistische Intelligenz und mit ihm die Macht des Kapitalismus. Das ist jetzt schon so deutlich zu erkennen, daß alles auf die Befestigung dieser Macht eingestellt wird. Selbst der Krieg muß dieser Machterweiterung dienen, wie sein Ende den Stempel auf diese Tatsache drücken wird.“

Dieser Aufschwung wird durch das Vorgehen der Industrie- und Agrarzöllner nur bestärkt. Immer deutlicher tritt das Ziel der Warenpreiserhöhung zwecks Erringung größerer Gewinne hervor. Nun haben wir zwar jetzt horrenden Warenpreise zu verzeichnen, die sich aber nicht dauernd halten lassen und schamhaft als Kriegsteuerung bezeichnet werden. Viel will man aber nach dem Kriege von den Teuerungspreisen nicht herabdrücken lassen — der Appetit kommt mit dem Essen — daher muß eben das große Geschäft mit einer deutsch-österreichischen Wirtschaftsgemeinschaft, mit dem Endzweck höherer Zölle, in Szene gesetzt werden. Das sieht dann aus, als ob eine weitläufige Wirtschaftspolitik für das Wohlergehen des deutschen und österreichischen Volkes sorgte, während die neue Wirtschaftsgemeinschaft das deutsche wie das österreichische Volk schröpft.

Das ist das ganze Geheimnis der „dunklen Pläne.“

Wem nützt der Krieg?

Wenn man den Wertemachern in Unternehmerkreisen glauben wollte, dann würde der massenwürgende Weltkrieg eigentlich nur um der Arbeiter willen geführt. Lagen wir da neulich in einer Philippika der „Deutschen Arbeitgeberzeitung“ gegen eine fortschreitende Sozialpolitik resp. gegen die versprochene Reorientierung der inneren Politik, die das Blatt als Zukunftsmusik bezeichnet, daß die Arbeiter gar nicht auf den Gedanken kommen würden, nach dem Kriege so etwas wie besondere Zugeständnisse zu erwartern, wenn ihnen dies nicht von ihren „Vorgebliebenen“ oder gewissen Sozialreformern ins Ohr geblasen würde. Und daran knüpfte das Blatt folgende großartige Voraussage:

„Sicherlich aber wird aus dem Kriege v o n j e t z t etwas Neues entstehen, von dem auch die Arbeiter ihren Vorteil haben, denn ihnen wird die gewonnenen Sicherheit, die Hebung unserer politischen und wirtschaftlichen Macht in e r s t e r L i n i e zugute kommen.“

Das ist eine so bewußte Aufrücherei, daß wir sie für die Zukunft festhalten wollen, um sie den Herren gelegentlich unter die Nase zu halten. Sie auch jetzt empfinden die Arbeiter, wie man sie für unwissend und leichtgläubig genug hält, derartige Redensarten für bare Münze zu nehmen.

Noch ist nicht vergessen, welche großartige Demonstrationen die Arbeiter Deutschlands kurz vor Ausbruch des Krieges gegen den Krieg veranstalteten, weil sie wußten, welch schwere Opfer der Krieg gerade ihnen auferlegen würde und welchen Ruin er in ihren Reihen, in ihren Organisationen und allen selbstgeschaffenen Einrichtungen anrichtet. Nein, wahrlich, sie wußten es, daß der Krieg nicht um ihrer Interessen willen begonnen wurde, wie man es ihnen jetzt einreden möchte. Aber sie empfanden es um so mehr — das braucht ihnen niemand erst einzublauen — daß das, was sie Großes in diesem Kriege leisteten, die herrschenden Klassen moralisch verpflichtet, der Forderung nach Gleichberechtigung auf allen Gebieten entgegenzukommen.

Mit Redensarten, daß ihnen die „gewonnenen Sicherheit“ in erster Linie zugute kommen werde, lassen sie sich nicht einfällen. Welche Sicherheit denn? Die eines dauernden Friedens? Ach, sie lernen es immer tiefer erkennen, daß die wirtschaftlichen Kämpfe, die der Kapitalismus erzeugt, auch politische Reibungen bis zur Gluthitze, ja, zur Gewalttätigkeit innerhalb der Reiche, wie über die Grenzen der einzelnen Reiche hinaus hervorbringen müssen, so daß die Gefahr der Kriege unter solchem System nicht beizichtigt wird. Dazu kommt, daß die politische Machtübergang nach jedem Kriege schon an und für sich die „gewonnenen Sicherheit“ in sich birgt. Die auch im Falle des Sieges „gewonnenen Sicherheit“ ist nur eine Illusion auf Zeit, bis nämlich der Krug von Bitterkeiten aller Art wieder so voll ist, daß er überläuft. Und das tritt nach bestimmten Perioden mit tödlicher Sicherheit immer wieder ein, so lange keine systematische Aenderung eintritt.

Wie mag sich nun aber wohl die Arbeitgeberzeitung vorstellen, daß „die Hebung unserer politischen und wirtschaftlichen Macht in erster Linie den Arbeitern zugute kommen“ werde? Das wünschen wir von dem

Blatte einmal näher dargestellt zu sehen. Es würde dabei wohl nicht ohne eine kleine Verschiebung der tatsächlichen Verhältnisse abgehen. Aber jüchlich könnten wir dann wenigstens den Versuch machen, die Sache ins rechte Gleis zu bringen. Ohne eine nähere Schilderung zu der Behauptung jedoch, daß der Krieg den Arbeitern in erster Linie nütze, werden die Arbeiter wahrscheinlich mit starken Zweifeln an dieser Prophezeiung behaftet bleiben. Sie kennen das gute Herz derer, die die politische und wirtschaftliche Macht in Händen haben.

Technik und Entlohnung in der Zigarrenindustrie.

Wie groß im allgemeinen die Fortschritte der Technik sind, brauchen wir des näheren nicht auseinanderzusetzen. In einzelnen Industrien sind sie oft überwältigend. Die Frage ist für uns heute, ob und inwiefern die technischen Fortschritte, insbesondere die maschinelle Entwicklung des Lohnniveaus in den einzelnen Industrien beeinflusst. Technische Fortschritte brauchen freilich nicht nur in der maschinellen Entwicklung zu bestehen, jede Verbesserung der Arbeitsmethode, z. B. weitere Arbeitsteilung, ist ein technischer Fortschritt. Fast jeder technische Fortschritt wird durchgesetzt im Interesse einer gesteigerten Produktivität, also im Interesse des Kapitalismus, wenn auch nicht bestritten werden soll, daß hier und da zu nützlich aus anderen Gründen technische Verbesserungen angebracht wurden, die schließlich aber auch noch eine kapitalistische Verwertung fanden. Die Arbeiter stehen solchen Verbesserungen mit einem gewissen unangenehmen Gefühl gegenüber, da sie ihnen leider nur zu häufig die Entlassung bringt. Meistens wird auch die Intelligenz, das heißt die Leistung der menschlichen Arbeitskraft, gesteigert. Wie verhält es sich aber mit dem Lohn? Wir haben Industrien, in der eine neue Maschine die andere abkocht und damit fortwährende Veränderungen im Produktionsprozess eintreten, die Löhne aber sind relativ und absolut gestiegen. Wir dürfen behaupten, daß gerade in solchen Industrien die Löhne nicht nur verhältnismäßig rasch gestiegen, sondern auch die höchsten sind. Andererseits finden wir, daß dort, wo die Maschine wenig oder keinen Eingang gefunden hat, wo noch die Handarbeit zu Hause ist, die Entlohnung gering ist. Gewiß wirken bei der Entlohnung, sei es in einer technisch hoch entwickelten, sei es in einer vorwiegend auf Handarbeit beruhenden Industrie, noch andere Umstände ein. Aber ein Vergleich der Industrien in ihrer technischen Vollkommenheit mit ihren Lohnverhältnissen, lehrt doch im allgemeinen den Schluß zu, daß die Lohnhöhe mit der technischen Entwicklung in Verbindung zu bringen ist.

Die Zigarrenindustrie gehört zu jenen Industrien, in denen die technischen Fortschritte recht gering sind. Es wird fast noch in derselben Weise die Ware hergestellt, wie es vor hundert und mehr Jahren der Fall war, wenigstens im Grunde genommen. Zunächst hatten wir die reine Handarbeit, das heißt, die Zigarre wurde ohne jegliches Hilfsmittel hergestellt; man brauchte weder Papier zur Einwickeln der Wickel, noch Formen und Penale. Auch eine Arbeitsteilung hat es zunächst nicht gegeben, wenn diese auch hinsichtlich der Zurichtung des Tabaks in den norddeutschen Städten, besonders in Hamburg und Umgegend, bald zu bemerken war. Dann wurden allmählich besondere Arbeiter bezw. Arbeiterinnen zum Wickelmachen eingestellt. Eine weitere Arbeitsteilung von Bedeutung ist dann nicht mehr eingeführt worden, es sei denn, daß man das Sortieren und Verpacken dazu rechnet. Aber noch heute gibt es Gegenden, wo es wenig oder keine Wickelmacher gibt. Später kam die Papier- und dann die besserer Form bei schwer zu verfertigenen Fässern Penale. Von weiteren kleineren im Laufe der Zeit und an verschiedenen Orten eingeführten bedeutungslosen Hilfsmitteln sehen wir ab. Auch die Maschine hat sich bemächtigt, sich in der Zigarrenindustrie Eingang zu verschaffen, mit welchem Erfolg, ist bekannt. Trotz häufiger Versuche ist es zu einer umfassenden Anwendung von Maschinen in der Zigarrenindustrie bisher nicht gekommen. Man hat Maschinen zum Wickelmachen und sogar zum Einrollen erdacht, aber während es beim Einrollen bisher überhaupt unmöglich war, eine Maschine zu erfinden, die auch nur annähernd brauchbar war, sind Wickelmachern in verschiedenen Betrieben in Tätigkeit, da jedoch ihre Leistungsfähigkeit gegenüber der Handarbeit immer noch recht zweifelhafter Art sind, können sie sich nicht allgemein durchsetzen, so daß die Handarbeit bis jetzt Herrscherin geblieben ist und von einer Konkurrenz der Maschine gegen die Handarbeit in der Zigarrenindustrie zurzeit noch nicht gesprochen werden kann. Darüber, ob es später noch einmal der Fall sein wird, wollen wir uns jetzt die Mühe nicht zerbrechen.

Daraus ist nun aber auch zu schließen, daß die Maschine oder irgend eine andere technische Verbesserung bei der Steigerung des Lohnniveaus nicht hinderlich sein konnte, und wenn es zuträfe, daß die verbesserte Technik die Lohnhöhe ungünstig beeinflusste, müßte gerade in der Zigarrenindustrie der Weg zu Löhnen, wie sie allgemein üblich sind, ja zu hohen Löhnen, offen sein. Oder anders ausgedrückt: Die bis jetzt dauernde Herrschaft der rein menschlichen Arbeitskraft ist nicht imstande gewesen, den Arbeitern und Arbeiterinnen der Zigarrenindustrie zu angemessenen Löhnen zu verhelfen. Wir sagen sogar mehr: Dieser Zustand hindert sogar den Aufstieg zu Löhnen, wie sie sonst üblich sind.

Vergessen wir nicht, daß die Tabakarbeiter und unter diesen wieder die in der Zigarrenindustrie beschäftigten, unter den Industriearbeitern den geringsten Lohn haben; das haben sie, obgleich, wie oben dargelegt, die technische Entwicklung durchaus zurückgeblieben ist. Wir kennen gewiß die Faktoren, die sonst noch eine Rolle spielen bei dem Niedrighalten der Löhne in der Zigarrenindustrie, aber auch diese wären zum hauptsächlichsten Teil bereits beseitigt, müßten beseitigt sein, wenn die technische Entwicklung bedeutend hätte sein können. Die Löhne der Arbeiter anderer Industrien, die früher, noch im letzten Viertel des vorigen Jahrhunderts, weit unter den Löhnen der Zigarrenarbeiter standen, sind jetzt viel höher als eben die jetzigen Löhne der Zigarrenarbeiter. Es gab sogar eine Zeit, in der die Zigarrenarbeiter mit ihren Löhnen von den meisten anderen Arbeitern beneidet wurden.

Wir wollen nicht behaupten, daß in einigen Gewerben mit vorwiegend Handarbeit keine besseren Löhne sind, aber es spielt dann die Eigenart dieser Gewerbe eine erhebliche Rolle, vor allem auch, daß dort die Organisationsmöglichkeit eine bessere ist als in der Zigarrenindustrie. Im übrigen möchten wir einmal die Textilindustrie zum Vergleich heranziehen. Früher galten die Weber in Deutschland als die schlechtest bezahlten Arbeiter; sie waren an ihrem Handweberstuhl tätig und lieferten ihre Waren meistens an Verleger gegen sehr geringen Lohn ab. Nun hat aber gerade in der Weberei die Maschine den ganzen Arbeitsprozeß umgeändert. In bezug auf die Löhne war diese Umwälzung nicht zum Schaden der Textilarbeiter. Zwar sind ihre Löhne auch jetzt noch niedrig, aber sie sind lange nicht mehr die niedrigsten, man kann sogar ein rascheres Steigen bei ihnen als bei den Löhnen in der Zigarrenindustrie erkennen. Dagegen sind die Arbeiter der Tabakindustrie, insbesondere die der Zigarrenindustrie, an die Stelle der Weber gerückt, denn sie sind es, die jetzt von allen deutschen Industriearbeitern den geringsten Lohn haben. Demnach haben die Arbeiter der Zigarrenindustrie, trotz Lohnsteigerungen, einen verhältnismäßig starken Rückgang ihrer Löhne erlitten, denn sie sind von einer früher bedeutend höheren Stufe auf die letzte herabgerückt worden. Zweifellos hätte eine hervorragende technische Entwicklung uns heute ein anderes Bild der Löhne in der Zigarrenindustrie gezeigt, und zwar kein ungünstiges. Eine solche Entwicklung kann man natürlich nicht schaffen, wenn die Vorbereitungen dafür fehlen, und das ist ja in der Zigarrenindustrie leider der Fall, da die Herstellung einer Zigarre mehr oder weniger auf Menschengehässlichkeit angewiesen ist. An das „leider“ braucht sich niemand zu stoßen. Zwar bringt jeder technische Fortschritt in der Regel eine Verminderung der menschlichen Arbeitskräfte, aber man kann nach den Erfahrungen nicht behaupten, daß sich deshalb nun auch eine größere Arbeitslosigkeit ergibt, bzw. ergeben muß; es müßte sonst in Anbetracht der gewaltigen technischen Entwicklung nur noch ganz wenig beschäftigte Arbeiter geben. Wie es in Wirklichkeit ansieht, ist allgemem bekannt. Es entstehen eben immer neue Arbeitsmöglichkeiten, sei es, daß neue Industrien entstehen, sei es, daß andere sich weiten. Die Arbeitererschaft wandert ohne hin ständig von einer Industrie in die andere und sucht dort unterzukommen, wo die Verhältnisse günstig sind.

Wir glauben nun nicht etwa, mit unseren wenigen Ausführungen das Thema erschöpft zu haben, es ließe sich auch noch manches darüber sagen, soweit es die Zigarrenindustrie im besonderen angeht. Unsere Absicht ist, unsere Kolleginnen und Kollegen auch einmal zum Nachdenken über diese Frage anzuregen.

Aber auf eins möchten wir noch aufmerksam machen: Wenn es zutrifft, was wir oben gesagt haben, so muß gerade in der Tabakindustrie, deren größter Teil ja auch die Zigarrenindustrie ist, die Organisation der Arbeiter geübt werden, soll es besser vorwärts gehen. Weicht die Entwicklung zurück, so muß die Organisation eingreifen und auf die Gestaltung der Löhne einwirken. Von selbst wird in der Zigarrenindustrie am allerwenigsten das große Rad sich drehen; da muß kräftig nachgeholfen werden. Daß die Organisation trotz aller ungünstigen Umstände auf die bessere Gestaltung der Löhne gewirkt hat, läßt sich genügend beweisen.

Bewilligte Lohn- und Teuerungszulagen in der Tabakindustrie.

Hamburg und Umg. Die Firma **Friedr. Justus**, die bisher nur an weibliche Bekleber und Fertigmacher Teuerungszulagen zahlte, gewährte mannehr auch den Zigarrenarbeitern eine fünfprozentige Teuerungszulage. Die Firma **Otto Harina** (Bergeborf), die bisher nur die gangbarste Sorte im Lohn angebeßert hatte, erklärte sich bereit, die Löhne für alle Sorten um 1 \mathcal{M} pro Kille zu erhöhen.

Oranienbaum (Schah). Die Firmen **E. C. Bärner**, **Gust. Selzig**, **Gust. Hempel**, **Fr. Kalisch & Komp.**, **A. Klar**, **Maerker & Kraft**, **Kenbert**, **E. O. Urban** gewährten ihren Arbeitern eine fünfprozentige Teuerungszulage. Die Firma **Gehr. Baumbach** erhöhte die Löhne der Zigarrenmacher um 20 \mathcal{S} pro Kille und die der Wickelmacher um 20 \mathcal{S} pro Kille. Die Firma **Gandig & Friedrich** erhöhte die Löhne um 25 bis 30 \mathcal{S} pro Kille und die Firma **Ephraim Schulze** um 50 \mathcal{S} pro Kille.

Stingerode. Die Firma **L. Engelhardt & Somp.** gewährte ihren Arbeitern eine fünfprozentige Teuerungszulage.

Al-Merode. Die Firma **L. Engelhardt & Somp.** gewährte ihren Arbeitern eine fünfprozentige Teuerungszulage.

Unterrieden. Die Firma **L. Engelhardt & Somp.** gewährte ihren Arbeitern eine fünfprozentige Teuerungszulage.

Wigenhaujen. Die Firma **L. Engelhardt & Somp.** gewährte ihren Arbeitern eine fünfprozentige Teuerungszulage.

Triptis. Die Firma **Herm. Müller** erhöhte die Löhne um 1 \mathcal{M} pro Kille.

Johanngeorgenstadt. (Berichtigung.) Die Firma **L. G. Böhm** (Stz Leipzig) gewährte ihren Arbeitern nur eine fünfprozentige Teuerungszulage.

Schwiedrus (Reg.-Bez. Frankfurt a. d. O.). Die Firma **D. I. Minke** bewilligte eine zehnpromzentige Teuerungszulage, die Firma **J. u. L. Schettler** pro Tausend 70 \mathcal{S} , für Rollen 35 \mathcal{S} und für Wickel ebenfalls 35 \mathcal{S} . Die Firma **H. S. S. S. S. S.** bewilligte 25 \mathcal{S} für Wickel und 25 \mathcal{S} für das Tausend zu rollen, während die Firma **H. S. S. S. S.** nur für das Tausend Wickel 15 \mathcal{S} bewilligte. Die Firma **H. S. S. S. S.** bewilligte ihrem Zigarrenmacher 1 \mathcal{M} pro Woche.

Schon wieder das kommende Zigarettenmonopol.

„Man“ hat wieder einmal etwas gehört, und zwar aus „parlamentarischen Kreisen“; danach wird hinsichtlich der Gestaltung eines Reichszigarettenmonopols beabsichtigt, „etwa 15 große Firmen mit ungefähr je fünf verschiedenen Marken selbständig bestehen zu lassen, so daß die Befürchtungen der Händler, durch Verminderung der Marken und Einschränkung der Werbetätigkeit einen Ausfall am Verbrauch zu erleiden, ziemlich hinfällig werden. Die gesamte Erzeugung dieser Firmen würde sodann an die Regierung abgegeben werden, die sie ihrerseits wieder an die zu richtenden großen örtlichen Niederlagen weiter leitet, von denen aus der Kleinhandel dann beziehen kann. Demnach dürfte es sich weniger um ein unmittelbares Monopol als um erweiterte Aufsicht durch die Regierung handeln.“

Dazu schreibt nun die Tägliche Rundschau folgendes:

Über ein Reichszigarettenmonopol sind vor kurzem hier und da nähere Angaben, die aus parlamentarischen Kreisen stammen, gemacht worden. Danach würde man etwa 15 Großfirmen mit ungefähr je fünf verschiedenen Marken selbständig bestehen lassen. Die gesamte Erzeugung dieser Firmen würde an die Regierung abgegeben sein, und die Regierung würde die Zigaretten an die zu richtenden Niederlagen leiten, von denen dann der Kleinhandel seinen Zigarettenbedarf zu beziehen hätte. Dazu können wir folgendes mitteilen: Mit einem Reichszigarettenmonopol ist nach dem Kriege zu rechnen. Darüber aber, wie dieses Monopol beschaffen sein wird, ist bisher nicht einmal beraten, geschweige denn entschieden worden. Das im bisherigen Russisch-Polen eingeführte Zigarettenmonopol ist ein Handelsmonopol, bei dem Deutschland und Österreich in freien Wettbewerb miteinander treten. Jene Angaben gehen von der Voraussetzung aus, daß auch das im Deutschen Reich einzuführende Zigarettenmonopol ein Handelsmonopol sein werde. Einstweilen ist aber die Voraussetzung nicht gegeben.

Und in der Berliner Börsen-Zeitung findet sich nachstehende Notiz:

Zigarettenmonopol oder Auskauf der Zigarettensteuer? Neuerdings werden, wie wir von besonderer Seite erfahren, wieder Nachrichten verbreitet über den Plan eines Reichszigarettenmonopols, die nach unjeren Ermittlungen mit ebenso großer Vorsicht zu behandeln sind wie alle früheren. Die Reichsfinanzverwaltung hat sich über einen solchen Plan selbst noch nicht schlüssig gemacht, geschweige denn bereits über die Einzelheiten kommt es zur Vorlage eines Monopolsklaus an den Bundesrat und Reichstag, so kann man mit einiger Sicherheit annehmen, daß es sich nicht um ein Fabrikations-, sondern nur ein Betriebsmonopol handeln wird, durch das indes die Handelskreise möglichst wenig beunruhigt werden sollen. Es ist aber ebenso leicht möglich, daß einem Ausbau der bestehenden Zigarettensteuer der Vorzug gegeben wird, da hierbei die Entschädigungsfrage wegfiel und für sofort stehende Mehreinnahmen gesorgt wäre. Der Bundesrat hat sich mit diesen Dingen noch in keiner Weise zu beschäftigen gehabt.

Ein anderes Handelsblatt, der Berliner Mercur, das angibt, gut informiert zu sein, tritt den Gerüchten über ein geplantes Zigarettenmonopol entgegen und stellt eine Erhöhung der Zigarettensteuer in Aussicht. Auch sei die Einführung einer Zigarettenbanderole in Aussicht genommen. Es schreibt:

Ganz besonders informiert sein Vollende sind sogar schon in der Lage, die Summen zu nennen, die zur Einführung des Monopols für das Reich erforderlich sein würden. Alle diese Mutmaßungen und Informationen haben aber daneben, denn, wie wir auf Grund zuverlässiger Informationen festzustellen in der Lage sind, handelt es sich bei allen diesen Gerüchten nur um Kombinationen, die absolut jeder Grundlage entbehren und den Tatsachen auch nicht im geringsten entsprechen.

Hier war wieder einmal der Wunsch der Vater des Gedankens. Es ist allerdings zutreffend, daß eine Anzahl von Zigarettenfabriken an amtlichen Stellen Exposé vorgelegt haben, die ziffernmäßig die dem Reich aus einer Monopolisierung der Zigarettenindustrie angeblich erwachsenden Vorteile und Gewinne nachweisen. Wir haben aber erzieulicherweise im Reichsfinanzamt sehr gute Rechner und recht gute Kaufleute, die sich bald davon überzeugen haben, daß die Monopolisierung der Zigarettenindustrie, in Berücksichtigung der für die Ablösung der Einzelbetriebe aufzuwendenden Kapitalien, für das Reich in keinem Verhältnisse hierzu stehende Vorteile bringen konnte.

Es ist natürlich, daß angeht der zu gewärtigenden Mehreinnahmen für die Anwendungen nach dem Kriege auch das Tabakgewerbe als herangezogen werden müssen, es kann aber bereits heute als feststehend bezeichnet werden, daß weder ein Fabrikations- noch ein Handelsmonopol für die Zigarettenindustrie in Frage kommen wird. Dagegen hat das Reich mit der Bänderolesteuer auf die Zigaretten sehr gute Erfahrungen gemacht und aufschlüssige, von Jahr zu Jahr steigende Erträge daraus erzielt. Warum also nicht der Frage einer Erhöhung dieser Steuer näherzutreten? Wir glauben gut unterrichtet zu sein, wenn wir heute schon sagen, daß auch eine Zigarettenbanderole zur Einführung gelangt werden wird, und außerdem darf man sich mit einer nicht unwesentlichen Erhöhung der Zigarettenbanderole content machen. Aus der Erhöhung der Zigarettenbanderole wird das Reich mehr erübrigen wie heute die Erträge der gesamten Zigarettenindustrie ausmachen. Aus diesen Gründen wird man natürlich auch mit einer Erhöhung der Zigarettenpreise rechnen müssen, und die erste Folge davon wird sein, daß auch die Zigaretten der bisherigen billigen Preislage nur zu höheren Preisen verkauft werden können. Die Ziffern für die zukünftige Bänderolesteuer sind zwar noch nicht festgelegt, doch darf man sich wohl auf eine sehr wesentliche Erhöhung gefaßt machen.

Wir lassen dahingestellt sein, ob die genannten Zifferungen gut informiert sind. Alle Welt ist sich nachgerade darüber klar, daß eine Mehrbelastung der Tabakindustrie kommen wird. Soweit ist also offiziell oder inoffiziell schon vorgearbeitet worden. Und es macht sich im Grunde auch keine Opposition gegen die weitere Belastung in Fachkreisen der Zigarettenindustrie außer der Arbeiterschaft mehr geltend. Bezeichnend ist, daß bereits seitens einiger Zigarettenfabriken — es dürften wohl größere sein — Pläne über die bestmögliche Besteuerung der Zigaretten durch ein Monopol eingereicht haben, vorausgesetzt, daß die Nachricht des Berliner Mercur zutreffend ist. Nach den Erfahrungen liegt kaum ein Grund vor, solches Verhalten zu bezweifeln. Die Herren werden wohl auch nicht zu kurz dabei kommen.

Wir nehmen nicht an, daß das jetzige Zigarettenhandelsmonopol in Polen vorbedeutend sein kann für die Formel einer weiteren Gewinnung von Mitteln für die Reichskasse aus der Zigarettenindustrie. Sollte das Reich in den besetzten Gebieten Einnahmen erschließen und den Zigarettenkonsum dafür nutzbar machen, so konnte nach Lage der Verhältnisse im Augenblick wohl nichts anders als wie ein Handelsmonopol in Frage kommen. Deshalb halten wir es freilich nicht für ausgeschlossen, daß wir auch im Reich künftig mit einem Handelsmonopol beglückt werden könnten. Bei dem Fabrikationsmonopol spielt die Entschädigungsfrage eine sehr große Rolle, so daß zweifellos die Regierung darauf bedacht sein wird, mit möglichst geringen Mitteln den größten Erfolg zu erzielen. Scheint ihr unter Berücksichtigung der Verhältnisse mit dem Handelsmonopol dieser Zweck erreichbar, so wird sie keinen Anstand nehmen, dessen Einführung zu versuchen. Wir wollen nicht vorgreifen, doch glauben wir sagen zu müssen, daß die Tabakarbeiterchaft mit dem Handelsmonopol am allerwenigsten einverstanden sein dürfte; auch gegen andere Steuerarten, die in der Fabrikation nach unten ihre unheilvollste Wirkung haben, wird sie sich am entschiedensten wehren. Im übrigen behält sich die Tabakarbeiterchaft eine bestimmte Stellungnahme vor.

Schließlich möchten wir noch darauf hinweisen, daß der angeblich gut informierte Berliner Mercur auch von einer Bänderole für Zigaretten redet. Bisher hörte man davon im Zusammenhang mit der nach dem Kriege kommenden Gestaltung der Finanzverhältnisse des Reiches noch nichts. So wird mit einem Plan nach dem andern auf dem Busch geklopft und vorgeführt. Die deutschen Tabakarbeiter mögen ermessen, was ihnen bevorsteht, und ihr Verhalten danach einrichten. Ihre Waffe ist, so oder so, die geschlossene Einigkeit in einer starken Organisation.

Das Tabakgewerbe während des Krieges.

Die „Wirtschaftliche Korrespondenz“ verbreitet folgenden, sich in verschiedenen Tageszeitungen findenden Bericht über die Lage während des ersten Kriegsjahres: „Die Einwirkung des Krieges auf das Tabakgewerbe kann im allgemeinen nur als günstig bezeichnet werden. Der Verbrauch an Tabakfabrikaten ist nach Ausbruch des Krieges ganz merklich gestiegen; der Versand nach dem Felde nahm einige Monate hindurch Maße an, wie sie der Handel mit Tabakfabrikaten nicht vorausgesehen hatte. Nun waren allerdings zu Beginn des Krieges gewaltige Vorräte an Zigaretten und Zigaretten vorhanden, die schon immer auf das reguläre Geschäft sehr drückend gewirkt hatten. Diese Vorräte konnten nun mit Leichtigkeit geräumt werden. Dadurch kam es, daß teilweise auch qualitativ weniger gute Erzeugnisse in den Handel kamen, gegen die sich bald einiger Widerstand bemerkbar machte. Der Betrieb in den Fabriken stockte zunächst, als der Krieg ausbrach, zum Teil aus den bekannten Gründen, zum Teil aber auch, weil man mit der starken Zunahme des Verbrauchs von Tabakerzeugnissen nicht zu rechnen wagte. Erst von Oktober ab wurde der Betrieb wieder lebhafter, bis sich allmählich eine förmliche Hochkonjunktur entwickelte. Auch gegenwärtig ist der Geschäftsgang noch immer gut.“

Am besten ersieht man den Verlauf des Geschäftsganges aus der Bewegung des Andranges am Arbeitsmarkt. Dabei ist zu bemerken, daß infolge der Mobilisierung der Tabakindustrie verhältnismäßig nur wenige Arbeitskräfte entzogen wurden, daß allerdings späterhin viel weibliche Arbeitskräfte in andere Berufe abwanderten. Aus der Bewegung erhellt zunächst ein scharfer Mangel an Arbeitsgelegenheit im August und auch noch im September 1914. Schon der Oktober brachte aber eine erhebliche Besserung. Im November war die Nachfrage nach Arbeitskräften aber schon so stark, daß das vorhandene Angebot nicht mehr ausreichte. Unter Schwankungen hielt die starke Nachfrage bis in die jüngste Zeit hinein an, während das Angebot durchschnittlich zurückging. Sicherlich sind infolge dieser Gestaltung des Arbeitsmarktes auch Lohnerhöhungen eingetreten, aber dem Grade nach doch nur geringere als in anderen von der Kriegskonjunktur begünstigten Gewerben. Auch sind die Lohnerhöhungen keineswegs allgemein gewesen. Die Befürchtungen, daß es an Rohmaterial mangeln würde, sind nicht eingetroffen. In manchen Sorten sind Verlegenheiten eingetreten, aber die Herstellung wurde dadurch nicht gehemmt oder unterbrochen. Ganz auffallend war die mit dem Kriege plötzlich einsetzende starke Nachfrage nach Rauchtobak, der allmählich schon ziemlich in den Hintergrund gedrängt war. Der Bedarf war zunächst so groß, daß er nicht immer sofort befriedigt werden konnte. Auch für Kau- und Schnupftabak zeigte sich wieder steigende Tendenz. Den größten Umsatz hatten aber die Hersteller von Zigaretten und Zigaretten. Nach vereinzelt Beobachtungen will es scheinen, daß die Zigarette der Zigarette gegenüber wieder gewonnen habe. Daß die Fabrikanten und Händler je nach der Größe des Umsatzes im ersten Kriegsjahr sehr gut verdient haben, dürfte wohl kaum bezweifelt werden.“

Feldpostbrief.

Liebe Kollegen! Durch Verhältnisse, die nicht von mir verschuldet sind, hat sich mein Schreiben an Euch verzögert, was ich zu

entschuldigende Bitte. Fünf Wochen bin ich nun in Frankreich, und ich muß sagen, daß ich mich in den annähernd vier Monaten, wo ich nun Soldat bin, so einigermassen an das veränderte Leben gewöhnt habe. Selbstverständlich muß ich auf manche Unnehmlichkeiten, die ich dabei hatte, verzichten, aber der Mensch gewöhnt sich an alles. Wir sind in den Arbeiterwohnungen einer großen Tuchfabrik in einem Orte der Champagne einquartiert. Sie bestehen aus der Küche im unteren und einem Zimmer im oberen Stockwerk. Wasserleitung und Klosettanlage fehlen vollständig, nicht nur hier, sondern auch in den anderen Dörfern Frankreichs, die ich bisher zu sehen Gelegenheit hatte. Das Wasser muß mit Eimern aus dem Brunnen geholt werden. Dagegen wimmelt es von Motten und Käufen. Also beneidenswert sind die Wohnungsverhältnisse der französischen Arbeiter, wenigstens soweit ich sie bisher zu sehen Gelegenheit hatte, nicht. Von den Leistungen, die der Krieg mit sich bringt, kann sich nur derjenige einen Begriff machen, der diese Dinge mit eigenen Augen gesehen hat, und wir können froh sein, daß das deutsche Gebiet verhältnismäßig wenig darunter gelitten hat. Aufrichtige Freude habe ich über das korrekte Verhältnis, welches zwischen der Bevölkerung, alten Männern, Frauen und Kindern, und den Soldaten herrscht. Von keiner Seite habe ich bisher eine Handlung gesehen oder Neuerung gehört, die den andern Teil verlegen könnte. Also keine Barbaren.

Mit großem Interesse verfolge ich auch hier unsere Verbandszeitung, und die einzelnen Vorkommnisse lösen bei mir die verschiedensten Gefühle aus. So erfreulich aus der einen Seite die Zulagen sind, die von einem Teil der Fabrikanten, direkt oder indirekt auf Veranlassung der Organisation, bewilligt worden sind, so empörend wirken auf der andern Seite die Antworten der Arbeitgeberverbände. Das scheint auch den gleichgültigsten Fabrikarbeitern zum Bewußtsein gekommen zu sein, und die erfreuliche Mitgliederzunahme im letzten Quartal ist wohl zum Teil auf diese Antworten zurückzuführen. Wenn die Fabrikanten in dieser Zeit, wo sie doch auf die öffentliche Meinung eine gewisse Rücksicht zu nehmen haben, zu derartigen Antworten sich hin lassen, wie soll es dann erst in Friedenszeiten werden, wo derartige Rücksichten fortfallen. Da kann nur eine starke Arbeiterorganisation helfen.

Die Zigarren, welche wir hier erhalten, stammen meistens von unterbaldischen Zigarrenfabrikanten und sind, von Ausnahmen abgesehen, verhältnismäßig gut.

Somit wüßte ich für Euch Wissenswertes vorläufig nicht mitzuteilen. Gossentlich nimmt der Krieg bald ein Ende, und ist es mir vergönnt, gefund zu meiner Familie und meiner alten Tätigkeit im Interesse der Arbeiterbewegung, die nach dem Kriege so notwendig sein wird, wie nie zuvor, zurückkehren zu können. In dieser Hoffnung grüßt Euch bestens und wünscht dem Verbands eine gute Zukunft Euer Kollege
F. D a h m s.

Ausfuhrverbot für Java-Skrubse in Holland gewünscht.

In Kreisen holländischer Zigarrenfabriken tritt das Bestreben hervor, wegen der Teuerung an Einlagematerial, die Betriebsstellungen beschränken läßt, ein Ausfuhrverbot für Java-Skrubse zu erlangen, mit der Begründung, daß die außergewöhnlich starken Auslandsbezüge den Mangel verursachen. Diese Darstellung ist unzutreffend, da dabei die wesentlich verkleinerte Skrubproduktion der letzten Ernte, welche ebenso eine Folge der niedrigen Preise war, verschwiegen wird. Ein Ausfuhrverbot würde aber die jetzt wieder lohnenden Erlöse künstlich drücken und eine Wiederausbreitung der Tabakkultur auf Java verhindern, weshalb eine ablehnende Haltung der Regierung zu erwarten ist.

Cabakarbeitererschutz in Griechenland.

Auf dem Verordnungswege hat der Schutz der Arbeiter in der Tabakindustrie in Griechenland eine Erweiterung durch eine Verkürzung der Arbeitszeit erfahren. In den Tabaklagerräumen und Auslieferungsräumen darf die Arbeitszeit in der Zeit vom 1. April bis 30. September täglich höchstens 9 1/2 Stunden, sonst 8 1/2 Stunden dauern mit einer nicht einzurechnenden Mittagspause von 2 1/2 bzw. 1 Stunde. Bei der Tabakverarbeitung darf die Höchstarbeitszeit 9 Stunden täglich nicht überschreiten. Die Mittagspause muß im Sommer 2 1/2, im Winter 1 Stunde betragen.

Aus Argentinien.

Die argentinischen Tabakarbeiter sind sehr zufrieden, daß das vom dortigen Tabaktruff bei der Regierung beantragte Tabakmonopol ins Wasser gefallen ist. Die von der Regierung eingeholten Gutachten der Steuerbehörden betonen, daß ein solches Monopol den Interessen des Staates nicht dienen würde, so daß die Regierung zweifellos zur Ablehnung des Projektes kommen wird. Der Truff wollte sich durch das geforderte Monopol mit einem Schlag aller Konkurrenz entledigen.

Arbeitszwang für Kriegerfrauen.

Die den Familien der Kriegsteilnehmer auf Grund des Reichsgesetzes zu gewährenden Unterstützungen sind auch unter Hinzurechnung der kommunalen Zuschläge so gering, daß die Kriegerfrauen, wenn ihnen sonst von keiner Seite Hilfe zuteil wird, genötigt sind, sich nach Arbeit umzusehen, aus deren Erträgen sie sich und ihre Kinder über Wasser halten können. An sich ist gegen die Frauarbeit natürlich nichts einzuwenden, vorausgesetzt, daß es sich nicht um eine gesundheitsgefährliche Beschäftigung handelt und daß die Entlohnung nach gewerkschaftlichen oder sonst in den betreffenden Berufszweigen üblichen Grundsätzen erfolgt. Wogegen wir aber auf das schärfste Einspruch erheben müßten, ist einmal, daß man Frauen ohne Rücksicht auf ihren körperlichen Zustand oder auf die Zahl ihrer Kinder unter Drohung mit der Entziehung der Kriegsunterstützung zur Arbeit zwingt, und zweitens, daß man ihnen den Verdienst ganz oder teilweise auf die Unterstützung anrechnet. Die zuletzt erwähnte und leider nur allzu weit verbreitete Methode hat zur Folge, daß den Frauen die Lust zur Arbeit verleidet wird. Denn, wenn sie sich ohne zu arbeiten annähernd so gut stehen, werden sie aus leicht ersichtlichen Gründen kein besonderes Verlangen nach Arbeit haben, um so weniger, wenn sie sich bewußt sind, wie sehr darunter ihr Haushalt und vor allem die Erziehung ihrer Kinder leidet.

Gerade die so notwendige Erziehung der Kinder ist es, der viele Gemeinden in dem Streben an Ausgaben für Kriegsunterstützung zu sparen, nicht die genügende Aufmerksamkeit widmen. Wie sehr die Berufstätigkeit der Mutter auf das heranwachsende Geschlecht einwirkt, ist bekannt; aufs neue wird es bewiesen durch eine recht zeitgemäße Untersuchung, deren Ergebnisse Dr. Käthe G ä b e l in der „Zeitschrift für das Armenwesen“ veröffentlicht. Man wird der Verfasserin beipflichten, wenn sie behauptet, daß nie das Problem der Jugendfürsorge dringlicher war als jetzt, da nach den gewaltigen Menschenverlusten der Wert des einzelnen Kindes steigt und wir mehr denn je empfinden, daß die Zukunft unserer nationalen Gemeinschaft auf dem Vorhandensein einer möglichst großen Zahl gesunder, tüchtiger, arbeitsfreudiger Menschen beruht. Die Aufsichtlosigkeit der Kinder ist eine der Hauptursachen der Vermehrung. Darüber auch nur noch ein Wort zu verlieren ist überflüssig. Unumwunden wird in dem Jahresbericht des Berliner Hauptvereins „Kinderhort“ gesagt, daß die Not, die auch die Mutter zwingt, das Haus zum Zwecke des Geldverdienens zu verlassen, unsere Fürsorgepflichten macht. Noch drastischer hat Fräulein Dr. D u e n s i n g auf der ersten Jugendfürsorgekonferenz auf die Folgen der außerhäuslichen mütterlichen Erwerbstätigkeit hingewiesen: „Aufsichtlosigkeit von Kindern bedeutet, wie das die praktischen Fälle dieses Mißstandes immer wieder erweisen, Mangel an Pflege und Ernährung und Keime zu Siechtum und Schwäche; geistige Vernachlässigung und Verkümmern, die Anbahnung späteren Stumpfsinnes und innerlicher Rohheit; sittlichen Verfall und die kindliche Dirne, den jugendlichen Dieb.“ Auch die seit Kriegsbeginn zunehmende Kriminalität der Jugendlichen führt Fräulein Dr. G ä b e l nicht mit Unrecht auf die Vermehrung der mütterlichen Erwerbsarbeit in Verbindung mit dem Fehlen der väterlichen Gewalt zurück. Durchaus zutreffend bemerkt sie, daß, wenn die Mutter außer dem Hause tätig ist, die Kinder, sofern nicht besondere Einrichtungen für sie geschaffen werden, aufsichtslos oder der oft recht fraglichen Fürsorge älterer Geschwister, Großmütter oder Nachbarn anvertraut werden. Diese Aufsichtlosigkeit sei die notwendige Folge jeder außerhäuslichen, nicht selten aber auch der im Heim betriebenen Erwerbstätigkeit der Mutter. „Die Erziehungseinrichtungen, wie Krippe, Kinderhort und Kindergarten erreichen erfahrungsgemäß nicht alle Kinder; besonders die größeren Knaben und Mädchen über 12 Jahre werden in verhältnismäßig geringem Umfange in die Horte geschickt, weil ihre Mütter eine besondere Aufsichtspflicht nicht für nötig halten oder sie auch bereits zum Verdienen im Haushalt anstellen. Somit sind durch die Erwerbstätigkeit der Mutter zahlreiche Kinder gerade in dem gefährlichsten Alter ohne jede Erziehung und Aufsicht.“

Geradezu erschreckend aber ist das Ergebnis einer von Fräulein Dr. G ä b e l veranstalteten Enquete. Um über die allgem. gefaßten Urteile hinaus zu einem bestimmten Zahlenmaterial zu gelangen, hat sie 749 Mütter der deutschen Zentrale für Jugendfürsorge darauf untersucht, inwieweit der mütterliche Einfluß durch Tod, Krankheit, Beruf oder andere Umstände ausgeschaltet oder abgeschwächt war. Dabei ergab sich nach Ausschaltung von 259 Müttern ohne Angaben, daß 89 Prozent aller kriminellen Jugendlichen aus Familien stammten, in denen die Mutter vollständig fehlte oder aus einem der genannten Gründe mehr oder weniger bei der Erziehung der Kinder ausgeschaltet war. Allerdings sind diese Zahlen insofern mit einer gewissen Vorsicht aufzunehmen, als hierbei noch sehr stark andere Umstände mitwirken, und als Erwerbsarbeit der Mutter und Verwerfung der Jugend ein und derselben Quelle, der ungünstigen Gesamtlage der Familie entspringen. Neben der Armut kommen hauptsächlich die ungünstigen Wohnungsverhältnisse in Betracht, aus denen sich Schädigungen nicht nur sittlicher Natur ergeben, sondern auch Herabsetzung der Freude am Heim und der vollen, körperlichen Leistungsfähigkeit, beides wichtige Momente für die Entwicklung des Kindes.

Das Ergebnis ihrer Untersuchung führt Fräulein Dr. G ä b e l dazu, die Frage aufzuwerfen, ob es nicht billiger und dem Volksganzen zuträglicher ist, wenn man das Unheil verhütet, anstatt es erst in die Erscheinung treten zu lassen, mit anderen Worten, wenn man wenigstens den Müttern mehrerer Kinder die Möglichkeit gibt, sich ihren Mutterpflichten zu widmen, ohne durch den Zwang zum Verdienen davon abgehalten zu werden.

Mit diesen Worten dürfte Fräulein Dr. G ä b e l den Nagel auf den Kopf getroffen haben. Ist ihre Arbeit auch nicht der Absicht entsprungen, den Widerspruch zu schlichten, der darin liegt, daß man die Kriegerfrauen zur Arbeit zwingt, anstatt ihnen die Möglichkeit zu geben, sich der Erziehung und Pflege ihrer Kinder und der Erhaltung ihrer Wirtschaft zu widmen, so trifft doch die Schlussfolgerung in vollem Umfange auf die Kriegerfrauen zu. Die Gemeinden, die es als ihre Pflicht erkannt haben, vor allem für eine Gesundheit und Kräftigung des Nachwuchses zu sorgen, sollten endlich von ihrer unlogischen Methode abgehen und unbekümmert darum, ob ihnen daraus einige tausend Mark Kosten erwachsen, Frauen mit Kindern in den Stand setzen, ihre erste Pflicht, die Erziehung ihrer Kinder, zu erfüllen.

Die deutsche Arbeiter-Versicherung im Jahre 1913.

Die Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung. Als Träger der Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung fungieren 31 für das Deutsche Reich gebildete Landesversicherungsanstalten und 10 für diesen Versicherungszweig zugelassene Sonderanstalten. Der Bereich der Versicherungsanstalten fällt in der Regel zusammen mit der politischen Abgrenzung der Bundesstaaten und Landesteile. Seit der Schaffung der Invalidenversicherung hat eine Änderung des organisatorischen Aufbaus nicht stattgefunden. Auf Preußen kommen 13, auf Bayern 8 und auf Sachsen, Württemberg, Baden, Hessen, beide Mecklenburg, Oldenburg, Braunschweig und Elsaß-Lothringen je eine Versicherungsanstalt; die übrigen 17

Staaten besitzen zusammen eine gemeinsame Versicherungsanstalt, besitzlich auch die drei Hansestädte.

Den Vorständen der Landesversicherungsanstalten gehören 239 Mitglieder an, darunter 128 Beamte, dazu kommen noch 56 Vorstandshilfsarbeiter. Unter den nichtbeamteten Mitgliedern der Vorstände befinden sich 55 Vertreter der Versicherten. Die Gesamtzahl der Ausschussmitglieder beträgt 890. Bei den Sonderanstalten sind die Vorstände gebildet aus 10 beamteten Personen, 34 Vertretern der Unternehmer und 87 Vertretern der Versicherten, zusammen 111 Mitglieder. Im Kassen- und Bureaudienst der gesamten Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung sind 3102 Beamte tätig und außerdem noch mit andern Dienstleistungen 344 Unterbeamte betraut. Dieser Beamtentab wird noch erhöht durch die bei den Versicherungsanstalten tätigen 403 Ueberwachungsbeamten. In den Heilanstalten, Zahnkliniken, den Invaliden- und Waisenhäusern um der Versicherungsträger sind insgesamt 2304 Personen beschäftigt.

Ueber die Zahl der Versicherten werden keine Angaben gemacht, sie läßt sich nur auf Grund der verkauften Marken annähernd berechnen. Insgesamt wurden 1913 814 375 752 Marken umgesetzt, geteilt durch 50 Wochenbeiträge würde diese Zahl rund 16 Millionen Versicherte als Mindestzahl ergeben, die wirkliche Zahl dürfte erheblich höher sein.

An Renten wurden im Jahre 1913 von den Versicherungsträgern festgesetzt: 11 806 Kranken-, 154 159 Invaliden- und 11 906 Altersrenten; ferner 34 896 Hinterbliebenenrenten, und zwar 8474 Witwen- und Wäitner-, 303 Witwenrenten- und 28 919 Waisentenrenten, das sind zusammen 192 567 Rentenfestsetzungen. Es kamen dann noch weiter hinzu 6 Zusatzrenten. Als einmalige Leistungen wurden gewährt in 8052 Fällen Wittwengelder und in 460 Fällen eine Waisenhaussteuer. Als Zahl der Waisenten gelten die Waisenkinder (Waisen einer Familie). Die wirkliche Zahl der Waisen, für die Rentenfestsetzungen erfolgten, beträgt 64 770.

Der Gesamtjahresbeitrag für die Zugangrenten beträgt 33 365 488 M., er stieg gegen das Vorjahr um 4 362 121 M. Von dem Gesamtbeitrag kommen auf die 31 Versicherungsanstalten 30 955 801 M. und auf die 10 Sonderanstalten 2 409 687 M. Die Gesamtzahl der laufenden Invaliden- und Altersrenten betrug am Schlusse des Jahres 1913 1 102 159.

Die Tendenz der Entwicklung ist ein ständiger Rückgang der Altersrenten und eine fortgesetzte Zunahme der Invalidenrenten, welche den Gesamtbestand an Renten fortlaufend stetigert.

Die Wirksamkeit der durch die Reichsversicherungsordnung neu geschaffenen Hinterbliebenenversicherung ist erst mit dem Jahre 1912 eingetreten. Es bedarf noch einer Reihe von Jahren, um aus der Entwicklung dieses Teiles staatlicher Fürsorge Schlüsse ziehen zu können. Doch steht bereits schon heute die völlige Unzulänglichkeit dieser Einrichtung fest, die auf einer viel zu ungünstig aufgestellten rechnerischen Grundlage aufgebaut ist.

Zu den Kosten der Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung gewährt das Reich einen Zuschuß von jährlich 50 M. für jede Invaliden-, Alters-, Witwen- und Wäitnerrente und einen solchen von 25 M. für jede Waisenrente, sowie einen einmaligen Zuschuß von 50 M. für jedes Wittwengeld und 16,67 M. für jede Waisenhaussteuer. Die Zahl der Wochenbeiträge stieg gegen das Vorjahr um 26 181 332 M.

Der Gesamterlös aus verkauften Marken bezifferte sich einschließlich der Beträge für Zulagemarken auf 289 952 641 M. (1912: 273 418 701 M.). Die Gesamteinnahmen der Invalidenversicherung im Jahre 1913 betragen 360 819 315 M. (344 868 839 M.), an dieser Einnahme haben die Versicherungsanstalten einen Anteil von 327 267 577 M. Der Gesamterlös stellt eine Gesamtschuld von 184 423 083 M. (175 090 124 M.) gegenüber, von welcher 168 008 205 M. auf die Versicherungsanstalten kommen. Gegen das Vorjahr stieg die Einnahme um 15 950 476 M. und die Ausgabe um 9 332 959 M.

Es wurden verausgabt für: Renten 129 745 839 M. (1912: 121 787 877 M.), Wittwengelder 211 167 M. (101 154 M.), Waisenhaussteuer 2429 M. (638 M.), Heilverfahren 26 485 278 M. (23 669 536 M.), Invalidenhauspflege 22 089 M. (339 M.), Mehrlieferungen 2 110 786 M. (1 793 177 M.), Verwaltung 15 370 631 M. (14 581 552 M.), Erhebungen 2 266 448 M. (2 233 984 M.), Besondereverfahren 546 938 M. (708 398 M.) und für Beitragserhebung und Kontrolle 6 224 310 M. (5 907 404 M.).

Die Ausgaben für alle Kosten mit Ausnahme der für Erhebungen und Besondereverfahren sind gegen das Vorjahr gestiegen. Die erfreulichste Seite an der ganzen Invalidenversicherung ist die Pflege des Heilverfahrens und die dafür aufgewendeten Summen. Es muß danach gestrebt werden, gerade diese Aufgabe mit allen Kräften zu fördern und zur höchsten Entwicklung zu bringen. Wieviel auf diesem Gebiete noch getan werden kann, zeigt die riesige Vermögensaufhäufung durch die Invalidenversicherung. Der Vermögensüberschuß betrug 1913 176 306 232 M. und das bis zum Schlusse des Berichtsjahres angeammelte Vermögen hat nunmehr bereits die zweite Milliarde erheblich überschritten. Aufgabe des staatlichen Versicherungswesens kann es nicht sein, aus den Beiträgen riesige Vermögen anzuhäufeln, sondern diese soziale Einrichtung so auszugestalten, daß einer frühzeitig eintretenden Invalidität der merktlichen Bevölkerung mit allen Kräften vorgebeugt wird und diese im Falle des Verfallens ihrer Arbeitskraft im Dienste des wirtschaftlichen Lebens ausreichend vor Not und Sorgen geschützt bleibt. (Schluß folgt.)

Eckstein
Zigaretten
Einzig in Qualität
Trusffrei
A-MEORSTEIN & SÖHNE, DRESDEN

Verbandsteil.
Deutscher Tabakarbeiter-Verband.
Herr Reichmann, Vorsitzender, Bremen, Faulenstraße 58/60, II. (Gewerkschaftshaus), Zimmer 32. — Telefon Nr. 8046.
Büreauzeit von 8 bis 4 Uhr nachmittags.
Für den Vorstand bestimmte Zuschriften sind an das Bureau des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes, Bremen, Faulenstraße 58/60, II. (Gewerkschaftshaus), Zimmer 32, zu adressieren.
Geld-, Einreich- und Verrechnungen nur an W. Niederwald, Bremen, Faulenstraße 58/60 (Gewerkschaftshaus), Zimmer Nr. 32. — Bankkonto, bei der Bankanstalt der Groß- und Kleinhandelsbank deutscher Kontokorrentvereine m. b. G. in Hamburg, Postfachkonto Nr. 6349 beim Postinspektor in Hamburg.
Für die Expedition bestimmte Zuschriften sind an Johs. Krohn, Bremen, Faulenstraße 58/60, II. (Gewerkschaftshaus), Zimmer 32, zu adressieren.

Für die Redaktion bestimmte Zuschriften sind an **Carl Olfen**, Altona-Ottensen, Friedensallee 46, I, zu adressieren.

Folgende Gelder sind bei mir eingegangen (M. = Mark, B. = Bogen, S. = Surrogat):

3. September: Nordhausen B. 500.—, Seiffenmeyer B. 100.—, 4. Trebbin B. 100.—, Berlin B. 400.—, Schötmar B. 50.—, Tannenberg B. 100.—, Hartha B. 250.—, Speyer B. 200.—, Deuben B. 200.—, Leipzig B. 300.—, Karlsruhe B. 50.—, Mainz B. 100.—, 5. Händchen B. 120.—, Osterode B. 50.—, Scharnbed B. 150.—, Frankfurt a. d. O. B. 100.—, Zülterbog B. 200.—, 6. Spremberg B. 100.—, Waldheim B. 300.—, Nüßloß B. 10.—, 7. Lobenstein B. 3.—, Breslau B. 14,50, Kreiße B. 120.—, Neumarkt B. 50.—, Weissenfels B. 50.—, Colbitz B. 60.—, Juffenhausen B. 50.—, Wittenhausen B. 119,67, 8. Verden B. 300.—, Spenge B. 100.—, Wietze B. 100.—, Scharnbed B. 50.—, 9. Bremen B. 300.—, Spornau B. 50.—, Hamberg B. 300.—, Dresden B. 700.—, 10. Siegen B. 100.—, 11. Hamburg B. 2000.—, 12. Hamburg B. 100.—

Bremen, den 13. Sept. 1915. W. Nieber-Walland.

Adressen-Veränderungen.

Saßrow (12): Alle Zuschriften sind an Frau Auguste Wendlin, Grünstr. 19, zu richten.
 Weissenfels (9): Alle Zuschriften sind an den Parteivorstand Herrn Fr. Geppert, Danmstr. 18, zu senden.
 Wülheim-Sarn (Ruhr): 1. Bev. J. v. Maries, Hauptstr. 10.

Die Unterstützungen werden ausgezahlt.
 Weissenfels: Bei dem Parteivorstand Fr. Geppert, Danmstr. 18, und zwar Sonnabends, nachm. zwischen 3 und 5 Uhr. Durchreisende können jeden Tag in diesen Stunden ihre Unterstützung abheben.

Arbeitsmarkt.
Stellenangebote.

Ein junger, tüchtiger Zigarrenarbeiter, für eine Stadt im Bez.-Bez. Potsdam, Kollerlohn 5,50 M für Gerade und 7 M für Schräge; Widel werden geliefert. Nachfragen: Gewerkschaftsamt Berlin, Adresse: Wtl. Boerner (Tabakarbeiter-Bureau), Dragonerstraße 6a, vorn, 2. Etg.
 Der Vorstandsvorstand.

Gestorben:

Gefallen am 10. August in Frankreich der Zigarrenarbeiter **Hermann Wöltering** aus Werfen, 27 Jahre alt (Sahlfeld Huntebrock).
 An seinen Verletzungen starb im Lazarett am 24. August der **Keller Karl Drescher** aus Saalfeld, 38 Jahre alt (Sahlfeld Dresden).
 Gefallen am 28. August in . . . der Zigarrenarbeiter **Emil Keller** aus Würzburg, 23 Jahre alt (Sahlfeld Würzburg).
 Am 5. September starb zu Dresden die Zigarettenarbeiterin **Marta Trepte** aus Dresden, 43 Jahre alt.
 Am 5. September starb zu Dresden die Zigarettenarbeiterin **Sulba Reichholz** aus Bauda, 48 Jahre alt.
Ehre ihrem Andenken!

Günstiges Angebot in Sumatra- und Vorstenlanden - Decker

- Sumatra:**
- Nr. 7810. 2. Vollblattlänge, horrend deckend, tadelloser Brand, schöne helle Farben. pro Pfd. 3.— M.
 - Nr. 7783. 2. Vollblattlänge, gute Art, schneeweiss brennend, sehr deckfähig, la. Farben, pro Pfd. 3.25 „
 - Nr. 7687. 2. Vollblattlänge, sehr günstig deckend, besonders helfarbig, kurzer weisser Brand. pro Pfd. 4.— „
 - Nr. 7799. 2. Vollblattlänge, riesig deckfähig, sehr zart, ganz helle Farben, blütenweisser Brand, erstklassig in Art und Geschmack, pro Pfd. 6.50 „
- Vorstenlanden:**
- Nr. 7679. 2. Vollblattlänge, rechts und links gute Farben, tadellos in Brand und Geschmack. pro Pfd. 2.75 M.
 - Nr. 7733. 1. Vollblattlänge, riesig deckend, ff. Brand. pro Pfd. 3.25 „
 - Nr. 7772. 2. Vollblattlänge, schöne helle Farben, schneeweiss brennend, sehr deckfähig, pro Pfd. 3.50 „
 - Nr. 7781. 2. Vollblattlänge, sehr zart, enorm deckend, la. Brand und Farben. pro Pfd. 3.75 „

W. Hermann Müller
 Berlin, Magazinstr. 14

Drucksachen liefert schnell und billigst **J. H. Schmalfeldt & Co.** Bremen.

Hengloss & Maak
 Altona-Ottensen
 Sumatra-Umblatt, Vollblatt 1.50, 1.60, 1.70, 1.80 und 2 M.
 Java-Umblatt und Einlage 1.40, 1.50, 1.60 bis 2 M.
 Straß-Umblatt und Einlage 1.60, 1.70, 1.80, 1.90 u. 2 M.
 Carmen 1.50, 1.80. Havana, Iste Blätter 1.80 M. verzollt mit 2% Skonto.

Carl Roland, Berlin SO
 Kottbuserstrasse 4
 Zur Herstellung von 1000 Stück feiner, scheinweiß brennender Zigarren offeriere ich:
 1 1/2 Pfd. Sumatra-Vollbl. à 3.20 = 4.80 M.
 3. Länge, hell u. reinfarbig à 3.20 = 4.80 M.
 4 Pfd. Java-Umbl., Vollbl., Klotter Brand, à 1.70 = 6.80 „
 7 Pfd. Märker, 1913er Ware à 1.10 = 7.70 „
 19.80 M.
 ab 3% Skonto 18.70 M.

Leon Weil, Speyer
 Rohrtabake, gegr. 1852
 Allbewährte Bezugsquelle für alle in- u. ausländ. Tabaksorten zu billigsten Marktpreisen. Zweimal tägl. Postversand (Nachn.).
 Spezialofferte: Javadeck, Spada, M. 2.30 p. 1/2 Ko. verz. sehr ergiebige 2. Vollbl., vorzügl. in Brand u. Geschmack. Sumatradeck: P. v. d. A., M. 2.50, schneew. Brand, 3. Vollbl., allgemein beliebtes, sehr vorteilhaftes Deckmaterial.

Jacob Hirsch jr.
 Mannheim B 1, 9. [10
 Alle Sorten in- u. ausländischer Tabake zu billigsten Tagespreisen, inkl. Zoll- u. Wertsteuer. Post-Versand per Nachnahme. Ziel nach Uebereinkunft

Gelesene Tabak-Arbeiter
 bilden ein ganz vorzügliches Agitationsmittel, aus diesem Grunde gebe man sie stets an unorganisierte Kollegen weiter.



L. Cohn & Co.
 Berlin N, Brunnenstrasse 24
 Gegründet 1870 **Rohrtabake** Gegründet 1870

Grösste und älteste Spezialfabrik für vollständige Einrichtungen für Zigarrenfabriken
 Soeben erschienen:
Unser Modellbogen 208 über gebrauchte Formen
 Zusendung sofort kostenlos
Deutschlands grösstes Zigarrenwickelformenlager. Jede Form sofort in neu und gebraucht am Lager
Unsere Liste 24 enthält sämtliche Einrichtungsgegenstände für Zigarrenfabriken

Hermeking & Boy
 Berlin N., Brunnenstrasse 183
 bieten als ganz besonders billig an: **Sumatra-Decken**
 Vollblatt, helle, schöne Farben, sehr grosse Deckkraft, 3te Länge 225 A.
 2. Länge Vollblatt, feine helle Farben, große Deckkraft, vorzüglicher Brand, nur 300 A., hell mattfarbig 350 A., 550 A., hell Sandblatt 550 A., hell feinfarbig, edel 550 A. Vorstenlanden-Decken, Vollbl., 225 u. 300 A. Java-Umblatt à 170, 180, 190, 200 A. Java-Einl. m. Umbl. à 145, 150, 165 A. Carmen, Blatt, à 150, 170 A. Brasil, St. Felix à 190, 225.
 Preise per 1/2 kg verzollt mit 3% Vergütung.
 Versand unter Nachnahme.

Kein Sabatarbeiter darf mehr unorganisiert sein!

Soeben erschien der neue
Rohrtabak-Katalog September 1915
:: Verlangen Sie sofort Frankozusendung ::

Die hervorragende Preiswürdigkeit und die besondere Reichhaltigkeit der Angebote machen meinen Katalog zum **wesentlichsten Berater bei Einkäufen**
Bestellen Sie bei jedem Bedarf Muster meiner Angebote!

Die Grosszügigkeit meiner Einkäufe macht es mir stets möglich, Sie besonders preiswert zu bedienen
Bestellen Sie in Ihrem eigenen Interesse schnellstens Muster!

Gebrauchte Wickelformen
 alle erdenklichen Fassons
 in Riesenauswahl am Lager.
Fordern Sie Musterbogen!

Heinrich Franck, Berlin N 54
 Rohrtabakhandlung Brunnenstrasse 22 Alle Bedarfsgegenstände für Zigarrengeschäfte